agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

# AFRIKA/MALAWI - Katholische Kirche stellt sich nach Parteilichkeitsvorwürfen hinter den Vorsitzenden der Bischofskonferenz: „Bischöfe mischen sich nicht in rein politische Fragen ein"

Lilongwe (Fidesdienst) – „Die Kirche identifiziert sich mit keiner politischen Partei, weshalb es absurd ist zu denken, dass der Vorsitzende der Bischofskonferenz sich von der Opposition beeinflussen lässt", heißt es in einer offiziellen Stellungnahme dreier katholischer Verbände (Weltpriester, Ordensmänner und Ordensfrauen) zu dem Vorwurf mit dem sich der Staatspräsidenten von Malawi, Bingu wa Mutharika, an den Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Bischof Joseph Mukasa Zuza, wendet. Am 16. August hatte Bischof Zuza anlässlich eines Friedensgebets der verschiedenen Konfessionen des Landes erklärt, dass der Präsident die Zivilgesellschaft, die Presse, die Justiz und die Demokratie des Landes „nicht länger unterdrücken darf" (vgl. Fidesdienst vom 18/08/2011).
Das Staatsoberhaupt übte Kritik an der Position des Vorsitzenden der Bischofskonferenz und warf ihm vor, er lasse sich von der Opposition beeinflussen. „Einige Beobachter vermuten, dass Bischof Zuza unter dem Einfluss der Opposition stehe, während andere sogar behaupten, er haben den Präsidenten persönlich angreifen wollen", heißt es in der gemeinsamen Verlautbarung der Association of Diocesan Catholic Clergy of Malawi, der Association of Religious (Women) Instituts of Malawi und der Assiociation of Men Religious Institutes of Malawi.
„Wir möchten, diejenigen die führende politische Positionen innehaben, daran erinnern, dass Bischöfe sich als Kirchenvertreter nicht in rein politische Fragen einmischen. Als solche können Amtsträger und Einrichtungen der katholischen Kirche nicht mit einer politischen Partei oder einer Regierung identifiziert werden. Deshalb ist der Vorwurf nicht gerechtfertigt, dass der Vorsitzende der Bischofskonferenz sich von Vertretern der Opposition beeinflussen lässt", heißt es in dem Dokument weitern. Das Papier beklagt auch Drohungen und Einschüchterungen gegenüber Religionsvertretern, die eine „prophetische Rolle" ausüben: „Jeder Versuch, Priester anzugreifen ist auch ein versuchter Angriff auf die Kirche", heißt es in der Verlautbarung.
Malawi befindet sich in einer schweren und politischen und wirtschaftlichen Krise. Am 20. August entließ Präsident Bingu wa Mutharika die gesamte Regierung und übernahm die Interims-Verantwortung für insgesamt 42 Ministerien. Unterdessen kündigten verschiedene Oppositionsbewegungen und Bürgerinitiativen neue Protestkundgebungen an. (LM) (Fidesdienst (LM) (Fidesdienst, 05/09/2011)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it